[illegible] zweckte Kommission zur [illegible] Arbeitszeitfragen einsetzte. Diese Mitteilung ist [illegible]. Die Kommission enthält genau [illegible] mehr zwei Arbeitsgebietsvertreter, drei Vertreter der Arbeitnehmer und einen Vertreter [illegible] technischer Angestellten. Die Vertreter der Arbeitnehmer sind auf Vorschlag der Zentralarbeitsgemeinschaft aus den großen gewerkschaftlichen Organisationen berufen worden, der Vertreter der technischen Angestellten auf Vorschlag des Bundes technischer Angestellter und Beamter.

Hindenburg Kandidat für die Wahl des Reichspräsidenten? Die „Münchener Post" glaubt erfahren zu haben, daß Hindenburg für den Posten eines Reichspräsidenten kandidieren werde.

Eine neue Erklärung Ludendorffs. General Ludendorff teilt dem „Berl. Lokalanz." mit, daß die Akten der Obersten Heeresleitung und deren Zuschriften an die Reichsleitung in das Weißbuch teilweise nicht aufgenommen worden seien. Die Heeresleitung habe z. B. die Aufgabe geringer französischsprechender Teile Elsaß-Lothringens in Betracht gezogen, die Abtretung deutschen Gebietes im Osten aber als für sie nicht in Frage kommend bezeichnet. — In dem Aufsatze Ludendorffs wird weiter hervorgehoben, daß auch Material, das die Reichsregierung selbst betrifft oder von ihr herrührt, fehle. Auch seien die Protokolle der Sitzungen im Oktober nicht voll beweiskräftig. Die Behauptung, daß Ludendorff am 8. Oktober gesagt habe, die Oberste Heeresleitung hätte anfangs September neutrale Friedensvermittelung angeregt, sei unrichtig. Die Anregung zu einer neutralen Friedensvermittelung sei bereits am 13. und 14. Aug. in Spaa geplant worden. Die Dokumente enthielten auch andere Unrichtigkeiten. Die Angabe, der Reichskanzler Prinz Max von Baden habe erst am 1. Oktober abends eine Besprechung mit Hindenburg gehabt, stimme nicht, da der Generalfeldmarschall sich auf der Fahrt von Spaa nach Berlin befand. Ludendorff stellt ausdrücklich fest, daß bereits in dieser einfachen Tatsache sich die Ereignisse für den Prinzen Max in seiner Erinnerung nach einigen Tagen verschoben haben. Ferner erklärt General Ludendorff, sein Vorschlag für die erste Note sei erheblich weniger dringend gewesen als der Wortlaut der Note selbst. Die Unterstellung, er habe zu einer bedingungslosen Kapitulation getrieben und von Katastrophen gesprochen, weise er zurück. Seine Voraussicht, die er am 12. März dem Ministerpräsidenten Scheidemann ausgesprochen, daß die Denkschrift die objektive und lückenlose Darstellung aller Vorgänge nicht geben werde, auf die das deutsche Volk Anspruch habe, sei durch das Weißbuch bestätigt worden.

Die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland. Dem Amsterdamer „Allg. Handelsbl." zufolge meldet die „Times" aus Paris, daß die Frage der noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen, deren Zahl ungefähr auf 200 000 geschätzt wird, seit einiger Zeit den Obersten Rat beschäftige. Obwohl ihre Rückkehr nach Rußland die Armee der Bolschewisten verstärken würde, habe der Oberste Rat beschlossen, Deutschland mitzuteilen, daß ihre Rückkehr in die Heimat nicht behindert werden dürfe.

Eine englische Erklärung zu den Angaben Erzbergers. W. T. B. verbreitet folgende Meldung aus London: In Beantwortung einer Anfrage über die Erklärung Erzbergers in Weimar betr. ein Friedensangebot, das die Alliierten Deutschland im August 1917 gemacht haben sollten, sagte Harmsworth im Unterhause: Die Erklärungen Erzbergers in Weimar seien keine genaue Darstellung der Tatsachen. Harmsworth schilderte die Vorgänge im Einzelnen und sagte, es sei klar, daß die britische Regierung zu jener Zeit keine Angebote gemacht habe.

Ein Irrtum. W. T. B. meldet: Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, beruht die Nachricht, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg in der Deutschnationalen Volkspartei eine führende Rolle übernehmen wolle, auf einem Irrtum.

Die Angriffe gegen Erzberger. W. T. B. meldet: Die „Post" veröffentlicht die Zurückstellungsakten Erzbergers aus dem Jahre 1917. Daraus geht hervor, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann im Jahre 1917 die Zurückstellung Erzbergers mit Rücksicht auf seine Propagandatätigkeit dringend befürwortete. Die Zurückstellung wurde dann regelmäßig verlängert. Im Oktober 1917 machte der kommandierende General des 13. Armeekorps in Württemberg das stellvertretende Generalkommando des 3. Armeekorps in Berlin darauf aufmerksam, daß die Nichteinziehung des erst 44 Jahre alten, anscheinend gesunden und rüstigen Mannes in der engeren Heimat Erzbergers Mißstimmung und Ärger hervorgerufen habe. Der kommandierende General des 3. Armeekorps bemerkte auch seinerseits, es sei im militärischen Interesse bedauerlich, daß dieser als k. v. für Fußartillerie befundene Landsturmmann bisher nicht habe eingestellt werden können. Vom preußischen Kriegsministerium wurde bemerkt, daß Erzberger, auch wenn er eingestellt wäre, doch dauernd Reichstagsurlaub hätte. Schließlich wurde die Zurückstellung auf die dauernde Reklamation des Auswärtigen Amtes usw. doch wieder verlängert, obwohl auch das Oberkommando in den Marken einzugreifen versuchte. — Die „V. Z. am Mittag" bemerkt zu diesen Aktenstücken, sie bedeuteten eine schwere Anklage gegen die Militärs, daß sie im Herbst 1917 nach der Friedensentschließung des Reichstages die Einziehung Erzbergers ganz zweifellos als Strafe für seine mißliebige politische Tätigkeit betrieben hätten.

Der Kalistreik nimmt, wie verlautet, seine Fortsetzung. Im Bezirk Halle streikt die Hälfte der Belegschaft, etwa 6000 Mann. Der Ausstand ist aus rein politischen Gründen von den Radikalen gegen die Gewerkschaftsorganisation der Bergarbeiter angefacht worden. Die Notstandsarbeiten sind im Gange.

Die Reichseinkommensteuer. Die preußische Regierung ist, wie gemeldet wird, nicht abgeneigt, der Reichseinkommensteuer zuzustimmen, wenn ein Paragraph dahin geändert wird, daß es heißt: Gelangt eine Reichseinkommensteuer zur Einführung, so sind die Länder an dem Einkommen mindestens bis zu einem Betrage zu beteiligen, welcher der in den Vorjahren 1917 und 1918 erfolgten durchschnittlichen Belastung des Einkommens seitens des Landes und der Gemeinden (Gemeindeverbände) entspricht. Eine Herabsetzung der Beteiligung könne nur in soweit und dann erfolgen, als das Reich entsprechende Beträge aus anderen Quellen als Ausgleich überwiesen habe.

Der Kohlenmangel. Unter dem Vorsitz des Reichsministerpräsidenten hat gestern in Berlin eine Konferenz über die Kohlenfrage begonnen. — Im „Vorwärts" führt Otto Hué aus, daß auch in England große Industrien, die Eisenbahnen, die Gas- und Elektrizitätswerke, der Schiffbau usw. über einen Kohlenmangel klagen, der bald zahlreiche Werke zum Stillstande nötigen wird. Der Hausbrand sei so schlecht versorgt, daß im Winter, wie bei uns, katastrophale Ereignisse befürchtet werden. — Hoover erstattete dem Obersten Rat in Paris Bericht über die Kohlenversorgungsfrage. Es wurde beschlossen, eine Kohleneinfuhrkommission für Europa zu schaffen. — Dem „Telegraaf" wird aus Paris gemeldet: Die erste Sendung Steinkohlen aus dem Ruhrgebiet ist in Frankreich angekommen.

Statthalter a. D. von Dallwitz †. Wie aus Karlsruhe gemeldet wird, ist der frühere kaiserliche Statthalter in Elsaß-Lothringen Dr. von Dallwitz nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 64 Jahren gestorben.

Die Wiederaufnahme des internationalen Eisenbahnverkehrs. In Paris tagt heute eine interalliierte beschließende Konferenz über Wiederaufnahme der Verkehrsbeziehungen der Entente zu Mitteleuropa. Es soll die West-Ost-Verbindung, wie sie 1914 bestand, wieder hergestellt werden.

Ungarn.

Die Stimmung im Innern. Die Bürgerlichen lehnen es gegenüber dem das Kabinett einzutreten. Französische und englische Truppen sind in Budapest eingerückt. Die ungarische Regierung teilt in der ungarischen Presse eine Erklärung, wonach das Privateigentum der In- und Ausländer respektiert und den Gläubigern und Bezugsberechtigten wieder freie Verfügung über ihre Wertpapiere, Einlagen und Einzahlungen ihrer Forderungen zugestanden wird. Noch im Laufe der Woche wurde bekanntgegeben Freigabe aller Betriebe von Ausländern, die bereits sozialisiert waren und Wiedereinsetzung der Eigentümer in ihren früheren Besitz erfolgen. Der rumänische General Mardarescu hat die rumänischen Waffenstillstandsbedingungen überreicht. Sie fordern die Beschränkung der ungarischen Armee auf 15 000 Mann, die Ablieferung aller ungarischen Fabriken, die Ausrüstungsgegenstände und Munition herstellen, die Lieferung der Ausrüstung für eine rumänische Armee von 200 000 Mann, Auslieferung von 50 Prozent des Eisenbahnmaterials, 200 Lastauto- und 400 Lastautomobilen, ferner sind je 50 Prozent des Viehbestandes und des Besitzes an landwirtschaftlichen Maschinen auszuliefern, weiter große Mengen Getreide und 50 Prozent der ungarischen Wasserfahrzeuge. Gegenvorschläge waren Ungarn nicht erlaubt. Die ungarische Regierung übergab diese Bedingungen dem englischen General Gorton. — Der Oberste Rat der Alliierten beschloß eine Sonderkommission von 4 Generalen nach Budapest zu schicken. Sämtliche Wiener Zeitungen erklären die vom rumänischen Höchstkommandierenden Mardarescu den Ungarn gestellten Waffenstillstandsbedingungen für vernichtend.

Italien.

Straßenkampf in Turin. In den Straßen von Turin finden blutige Kämpfe statt. Die sozialistische Partei proklamierte einen 24-stündigen Generalstreik. Die Ruhe ist noch nicht wieder hergestellt.

Schweiz.

Internationale Sozialistenkonferenz. Die Kommission der internationalen Arbeiterkonferenz, die sich mit der Frage des Wiederaufbaues der Internationale zu beschäftigen hatte, führte Dienstag die Beratung der Statuten fort. Die Kommission beschloß, in jedem Lande vom 11. September ab eine periodische Veröffentlichung zu veranstalten zu dem Zwecke, die Parteien der anderen Länder zu unterrichten. Die Frage der Schaffung telegraphischer Büros wurde an eine aus Journalisten und Hauptredakteuren von Arbeiterblättern zusammengesetzte Sonderkommission verwiesen. Die Kommission beschloß endlich, daß der große internationale Kongreß in Genf am 2. Februar 1920 auf grund der in Luzern aufgestellten vorläufigen Statuten eröffnet werden soll, und zwar mit folgender Tagesordnung: 1. Statuten. 2. Die Frage der Verantwortlichkeiten. 3. Internationale Politik (Demokratie, Diktatur, Sozialisierung und Arbeitergesetzgebung). 4. Organisation der Presse. Der belgische Delegierte gab eine Erklärung ab, daß seine Freunde die Frage der Verantwortlichkeiten auf der Grundlage eines freundschaftlichen Geistes zu prüfen gedächten.

Aufrechterhaltung des Streiks. Der Verband der Holz-, Metall-, Textil- und Staatsarbeiter hat beschlossen, den Generalstreik bis auf weiteres aufrechtzuerhalten.

Frankreich.

Wieder in sein Amt eingesetzt. Durch ein Dienstag unterzeichnetes Dekret ist nunmehr der Präfekt des Departements Seine et Oise in Versailles Chaleil, der wegen der deutschfeindlichen Demonstration vom 16. Juni, bei der Abreise eines Teiles der deutschen Friedensdelegation, seines Amtes enthoben wurde, wieder in sein Amt eingesetzt worden.

England.

Ein Gesetz für arme Erfinder ist das neue englische Patentgesetz, das die britische Regierung eingebracht hat. Das Gesetz verfolgt den Zweck, „die Lage des Erfinders zu verbessern, dem armen Erfinder zu ermöglichen, die Früchte seiner Arbeit zu ernten, und jeden Mißbrauch der bisherigen Patentgesetze auszuschalten". Die Dauer der Patente wird heraufgesetzt; vor allem aber muß der Eigentümer des Patentes bei der Verwertung von dem Unternehmer beteiligt werden, und so wird das Recht des Erfinders, der zur Ausbeutung seiner Erfindung nicht das nötige Geldbesitzt, ihm gewährleistet.

Die Streikbewegung. Im Unterhause sagte Bonar Law in Erwiderung auf eine Anfrage: Jeder Versuch, die Entscheidung über politische Fragen, die das ganze Land angehen, durch Mittel, wie den Generalstreik der Kohlenbergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter, zu erzwingen, würde im Falle des Gelingens das Ende der demokratischen konstitutionellen Regierung in England bedeuten. Deshalb sei es die Pflicht der Regierung, solchen Versuchen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Widerstand zu leisten. — Nach einer Reutermeldung aus London hat der nördliche Bergarbeiterverband beschlossen, in den Bezirken Midlothian und Eastlothian in Schottland wegen Lohnforderungen den allgemeinen Ausstand zu erklären. Der Streik auf der Londoner Südwesteisenbahn hat auf die City und die Südlondoner elektrische Eisenbahn übergegriffen. Dem Amsterdamer „Telegraaf" wird aus London berichtet, daß im Polizeiausstande keine Veränderung eingetreten ist. Berittene Polizei verhinderte ausständige Schutzleute und Eisenbahner, von Südlondon durch die City nach Whitehall zu ziehen. Die Schutzleute in Manchester haben sich gegen die Dienstverweigerung ausgesprochen. In Staffordshire sind einige Schächte unter Wasser. Nach einer Depesche des Mailänder „Secolo" soll in Liverpool kein einziger Laden oder Magazin verschont geblieben sein. Bisher sind 900 Personen verhaftet worden. Große Truppenmassen werden nach Liverpool entsandt. Doch haben die Soldaten die Weisung erhalten, nicht zu schießen.

Amerika.

Die wirtschaftlichen Kämpfe. Das Pressebüro „Radio" meldet aus Washington, daß der Senat die Debatte über den Völkerbund vertagt hat, um sich den Beratungen über die Lebensmittelfrage zu widmen. Die Eisenbahner und Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten haben dem Vorschlag Wilsons zur Errichtung einer Kommission zwecks Beilegung der Lohnstreitigkeiten abgelehnt und dem Präsidenten die Mitteilung zugehen lassen, daß, wenn der Kongreß nicht die Geldmittel zur Befriedigung ihrer Forderung beschaffte, der Bahnverkehr spätestens am 2. September lahmgelegt werden würde. Pressedrichten zufolge sprechen die Eisenbahnangestellten schon davon, daß sie nicht nur die Demokratisierung der Eisenbahnen, sondern auch der fundalen Industrie, wie z. B. der Kohlen, des Stahls und der anderen Industrie, fordern wollen. Die Arbeiter sind für einen Plan, demzufolge die Regierung diese Industrien aufkaufen und den Arbeitern einen Teil am Gewinn geben solle.

Japan.

Eine Erklärung über Schantung. Laut Pressebüro „Radio" meldet die „Newyork Times", daß die japanische Regierung in Tokio eine Erklärung über ihre Politik bezl. Schantungs veröffentlicht hat. Sie wird nicht den auswärtigen Regierungen übermittelt, sondern in die Tagespresse geleitet.

China.

Der Friede mit Deutschland. Wie eine Reutermeldung aus Peking vom 1. d. M. besagt, hat das chinesische Abgeordnetenhaus eine Vorlage angenommen, in der erklärt wird, daß der Friede mit Deutschland wiederhergestellt sei. Außerdem sei beschlossen worden, dem Senat der Vereinigten Staaten ein Dankteleramm für die China in der Schantungfrage gewährte Unterstützung zu senden.

Ein Krieg mit Japan möglich. Der Präsident der chinesischen Friedensdelegation erklärte, wenn das Problem Schantung keine gerechte Lösung finden sollte, sei ein Krieg zwischen China und Japan möglich.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 7. August 1919.

—* **Angeschwommene Leiche.** In der Nähe des Halbholzes von C. H. Förster wurde heute die Leiche einer etwa 50 Jahre alte Frauensperson aus der Elbe gezogen. Die Tote muß schon längere Zeit im Wasser gelegen haben, da die Leiche schon stark in Verwesung übergegangen war. Bekleidet war sie mit schwarzen Strümpfen und dunkler Bluse. Irgendwelche andere Kennzeichen, die zur Feststellung der Personalien der Toten beitragen könnten, fanden sich bei der Leiche nicht vor.

—* **Wohltätigkeitskonzert.** Sonnabend, den 9. August, abends 8 Uhr findet im Hotel zum Stern ein Wohltätigkeitskonzert für unsere Gefangenen statt unter gütiger Mitwirkung von Frl. E. Schreiber, Oschatz (Klavier). Das Konzert wird ausgeführt von der Kapelle des 2. L. Art.-Regt. 19 unter Leitung des Herrn Musikmeisters E. Raus.

—* **Der Verfassungsentwurf für den Freistaat Sachsen.** Die sächsische Regierung hat, wie das „Leipziger Tagebl." meldet, die Ausarbeitung der endgültigen Verfassung jetzt in Angriff genommen und hofft den Entwurf der Volkskammer gleich nach ihrem Zusammentritt vorlegen zu können. Die Tagungen derselben sollen voraussichtlich mit Oktober wieder beginnen.

—* **Aufhebung des Auslageverbots.** Wie das Wirtschaftsministerium bekannt gibt, wird das Verbot von Lebensmittelauslagen vom 19. April 1919, wonach das öffentliche Ausstellen von Wein, Spirituosen und ihren Attrappen, Fleisch, Wurst und Fettwaren und ihren Konserven, Wild und Geflügel und ihren Konserven, Fischkonserven, getrockneten Südfrüchten, Obstkonserven und Marmeladen, Konditorwaren, Feingebäck, Keks und Pfefferkuchen, Honig-, Zucker- und Schokoladenwaren, Käse und Molkereierzeugnissen, soweit dafür keine Höchst- oder Richtpreise bestehen, verboten war, aufgehoben.

* **Dresden.** Lohnbewegungen der hiesigen Gärtner finden seit Anfang dieser Woche statt. Nachdem bis vorgestern nur in einzelnen Betrieben der Vororte Laubegast, Striesen, Tolkewitz und Leuben gestreikt wurde, sind gestern in allen Dresdner Gärtnereien die Gärtner, Arbeiter und Gartenfrauen in den Ausstand getreten, trotzdem für diese ein gegenwärtig unkündbarer Tarifvertrag besteht. Ueber das Ergebnis der zwischen den Arbeitgebern und dem Verband der Gärtner über die neuen Forderungen gepflogenen Verhandlungen kann noch nichts mitgeteilt werden.

* **Dresden.** Am Sonntag ist im Grünen Gewölbe, wo bekanntlich der sächsische Kronschatz aufbewahrt wird, eine wertvolle Bronzestatuette wahrscheinlich durch Nachschlüsseldiebe entwendet worden. Vom Täter fehlt noch jede Spur.

* **Treuen i. V.** In der Montagsnacht wurden in der Stadtkirche nach Aufbrechen eines eisernen Schrankes wertvolle silberne Abendmahlsgeräte: 2 Kelche, 1 Weinkanne und 1 Hostienteller, gestohlen, überdies von dem auf dem Altar stehenden Kreuze die silberne Christusfigur abgerissen und fortgetragen. Mutmaßlich haben die Frevler in die Kirche sich einschließen lassen.

Leipzig. Einem Unfall fiel am Dienstagabend der ehemalige Rektor des Petri-Realgymnasiums zu Leipzig, Geh. Oberstudienrat Professor Dr. Eduard Böttcher zum Opfer. Als er beim Rathausring die Straße überschreiten wollte, wurde er von einem Postauto erfaßt und tödlich überfahren.

* * *

* **Karlsbad.** Seit einigen Tagen weilt eine amerikanische Kommission in Karlsbad, die sich aus Finanzleuten, Ingenieuren und Offizieren zusammensetzt. Die Kommission ist beauftragt, die Betriebe des Karlsbader Kreises, namentlich die Berg- und Kohlenwerke zu prüfen und zu begutachten, ob sie als Sicherstellung für die geplante Anleihe der Tschechoslowakischen Republik in den Vereinigten Staaten dienen sollen. (Dazu müssen also deutschböhmische Naturprodukte herhalten.) Wie weiter verlautet, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Stadt Karlsbad den Kurbetrieb an eine amerikanische Gesellschaft verpachtet. Jedenfalls zeigt sich bei mehreren in letzter Zeit hier weilenden amerikanischen Finanziers große Geneigtheit, dieser Frage näher zu treten.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 7. August 1919.

Die Verhandlungen in Berlin.

* **Berlin.** Der preußische Eisenbahnminister betonte bei den Berliner Besprechungen über die Kohlenfrage, daß schon jetzt eine Kohlenkrisis herrscht, die sich zunehmend verschärft habe und drohe, das Verkehrswesen wie auch die Industrie lahmzulegen. Die Eisenbahn habe im Durchschnitt nur noch Vorräte für 8—10 Tage. Man war bei den Besprechungen allgemein der Ansicht, daß unter allen Umständen und um jeden Preis alles getan werden muß, die deutsche Kohlenproduktion zu steigern. Aus dem Kreise der Anwesenden wurde eine Fülle von Anregungen in dieser Hinsicht gegeben. Zur eingehenden Prüfung aller Vorschläge wurde eine Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Kohlenindustrie eingesetzt, die unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers schon am heutigen Donnerstag ihre Arbeit aufnehmen wird.

Neue Einschränkungen im Eisenbahnverkehr.

* **Berlin.** In Preußen werden ab 15. August eine Anzahl Personenzüge ausfallen. In erster Linie kommen für die Einschränkung die Züge in Betracht, die mit dem Inkrafttreten des Sommerfahrplans am 1. Juni neu aufgenommen werden konnten. Der Ausfall wird vor allem die Schnellzüge betreffen. Aber auch eine Einschränkung der Personenzüge dürfte sich nicht umgehen lassen.

Ankunft deutscher Kriegsgefangener.

)(**Köln.** Im Laufe dieser Woche sind auf dem Uebergangsbahnhofe Deutz über 800 deutsche Kriegsgefangene eingetroffen und zwar in englischen Lazarettzügen aus englischen Gefangenenlagern in Nordfrankreich. Insgesamt 758 Mannschaften, davon 75 aus dem besetzten Gebiete.

Keine zwangsweise Aushebung zur Arbeit in Nordfrankreich.

* **Berlin.** Die Meldung eines Berliner Mittagblattes, daß deutsche Arbeiter durch Zwang oder durch eine Art von Aushebung zur Arbeit in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs und Belgiens herangezogen werden sollen, entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Die Regierung denkt nicht daran, irgend welchen Zwang auszuüben.

Tirpitz und die Reichsregierung.

* **Berlin.** Die Mitteilung eines Berliner Mittagsblattes, daß die Reichsregierung mit dem verspäteten oder dem Nichterscheinen der Erinnerungen des Großadmirals v. Tirpitz in Verbindung stehe, entbehrt jeder Begründung. Die Reichsregierung erklärt, sie habe am Erscheinen oder Nichterscheinen dieses Buches nicht das geringste Interesse.

Anklageschrift der Entente.

* **Kassel.** Die „Voss. Ztg." erfährt, daß die Verbündeten dem ersten Kommandanten des Gefangenenlagers Kassel, Generalmajor Kruska die Anklageschrift zustellen ließen, in der die Auslieferung des Generalmajors gefordert wird. Er ist angeklagt, durch Unterlassung geeigneter Maßnahmen die große Fleckfieber- und Typhusepidemie im Winter 1914—15 verschuldet zu haben, die nach französischer Darstellung im Gefangenenlager Kassel 8000 Tote unter den Gefangenen gefordert hat.